

Die Salzburger Verhandlungen und Polen.

Berlin, 29. Juli.

Der hervorragende Volkswirt der Berliner Technischen Hochschule, Geheimrat Professor Julius Wolf, Vizepräsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines in Deutschland und von der deutschen Reichsregierung in Fragen der Handels- und Finanzpolitik viel gehört, hatte die Güte, einem Freunde über die Salzburger Verhandlungen, wie sie in den ihm nahestehenden Kreisen beurteilt werden, Auskunft zu geben. Er verbreitet sich bei dieser Gelegenheit auch über die Prinzipienfragen der deutsch-österreichischen Handelspolitik und über das polnische Problem.

Geheimrat Wolf führte aus:

Die Salzburger Verhandlungen werden deutscherseits von dem früheren Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Herrn v. Körner, von dem früheren Direktor im Handelsministerium Lusensky und dem vortragenden Rat in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes v. Stöckhammern geführt, alles nicht nur hervorragende Spezialisten der Handelspolitik, sondern Herren, denen die großen Gesichtspunkte, unter denen allein eine befriedigende Lösung der Frage des wirtschaftlichen Bündnisses möglich ist, nicht fehlen. Die Wahl dieser Unterhändler ist im Hinblick auf die großen Ziele, die den handelspolitischen Abmachungen gesetzt sind, als besonders glücklich zu bezeichnen. Die Frage, ob es ihnen gelingen wird, ihre Ueberzeugung durchzusetzen, ist aber nicht ohne weiteres zu beantworten. Was sie verhandeln, untersteht selbstverständlich der Ratifikation der leitenden Reichsstellen, auf welche Reichstag und Interessentenverbände von starkem Einfluß sind. Der Reichstag hat in der Frage des Bündnisvertrages noch in keiner Weise Stellung genommen, um so mehr haben es die Interessenten getan.

Was die Stellungnahme der Interessenten betrifft, so wird in deutschen industriellen Kreisen die einfache Präferenz durchwegs mit Mißtrauen betrachtet. Man kommt von der Vorstellung nicht los, daß dadurch die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt unbedingt gefährdet würde. Selbst den Fall gesetzt, daß es gelänge, im Anschluß an den erhofften Sieg den Feinden Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die Zustimmung zu einer gegenseitig präferenzziellen Behandlung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns abzurufen, glaubt man immer noch, von den Neutralen heftiger Anfechtung der Präferenz sicher zu sein und sonach in diesem Fall mehr oder minder schweren handelspolitischen Konflikten entgegenzutreiben. Ob diese Annahme berechtigt ist, will ich nicht beantworten. Die land-

und ein wenig selbst für Ungarn sprechen, wo ich mich Männern wie Bekerele und Szterenyi, die ich als Volkswirte wirklich großen Stils schätze, ganz besonders verbunden weiß.

Daß nun die österreichische und teilweise die ungarische Volkswirtschaft im Interesse ebensowohl der Konsolidierung der politischen Verhältnisse wie der Sicherung der Weltbürtigkeit der Monarchie im Wettkampf der Völker eine andere Fundamentierung als bisher brauchen, ist sicher, scheint aber selbst von maßgebenden Faktoren nicht immer anerkannt zu sein. Niemals aber wird Oesterreich-Ungarn beispielsweise seine Baluta auf gesunde Grundlagen stellen können, wenn es nicht gelingt, eine aktive Zahlungsbilanz zu schaffen, niemals wird eine solche möglich sein, wenn Oesterreich-Ungarn nicht viele seiner Waren billiger als bisher verkauft, niemals wird ein solcher billigerer Preis sich als möglich erweisen, wenn nicht die Vorteile des Großbetriebes gemeinsam mit Deutschland wahrgenommen und die oft überhohen Zwischenhandelsgewinne, die in Oesterreich im Unterschiede zu Deutschland gemacht werden, eine Herabsetzung erfahren bei gleichzeitig größerem Absatz. Ein dem Zollverein angenäherter Zustand wäre für die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft vielleicht eine Doktor-Eisenbart-Kur, aber eine, die zum Ziele führt. Was Deutschland angeht, so braucht es einen vollkräftigen und ebenbürtigen Bundesgenossen, der im Maße zumal auch der persönlichen Fähigkeiten, über welche er verfügt, sein volles Gewicht in die Waagschale der internationalen Beziehungen werfen kann. Nicht zuletzt ist das auch der Weg für Oesterreich-Ungarn, über die finanziellen Schwierigkeiten, welche die Nachkriegszeit ihm bringen dürfte und die sich heute am fernem Horizont schon andeuten, hinwegzukommen.

Im übrigen dürfte aber von der Regelung der D i s t r i k t e n ein entscheidender Anstoß ausgehen. Welche Lösung immer für die polnische Frage gefunden wird, den Polen ist, wie ich von führenden polnischen Politikern vielfach hören durfte, der Zollbund, ja der Zollverein mit den Mittelmächten durchaus genehm. Kommt es dazu, so ist es schwer, an die Möglichkeit zu glauben, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich weiterhin zollpolitisch als Fremde, beziehungsweise in dem gleichen Verhältnis wie vor dem Kriege behandeln. Ich halte es freilich nicht für ausgeschlossen, daß die grundsätzlichen Gegner einer weitgehenden zollpolitischen Annäherung daraus den Schluß ziehen werden, im Falle nicht die austro-polnische Lösung beliebt wird, werde man auch auf zollpolitische Gemeinschaft mit Polen zu verzichten haben, um eben nicht der zollpolitischen Gemeinschaft im Verhältnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns teilhaftig zu werden. Ob aber eine solche Beschlußfassung die Ratifizierung der letzten Endes bestimmenden Faktoren finden wird, ist glücklicherweise höchst zweifelhaft.

So lasse ich also auch heute die Hoffnung nicht fahren, daß die Staatsmänner und wirtschaftlichen Interessenten Oesterreich-Ungarns wie Deutschlands sich darauf besinnen werden, was beiden großen Reicher nottut, wollen sie nach diesem Weltsturm sich eines raschen Wiederaufbaues und noch größerer Widerstandsfähigkeit als bisher auf dem wirtschaftlichen, dem finanziellen und damit übrigens auch auf dem politischen und militärischen Gebiet erfreuen.

Bei den Mitteln der bisherigen handelspolitischen Hausapotheke darf es nicht sein Berenden haben. Würde man sich an ihnen genügen lassen, so würde eine spätere Zeit der unseren zweifellos und mit Recht den Vorwurf machen, daß sie eine große Gelegenheit, vielleicht die größte, die sich beiden Reichen bot, verkannt hat!

Das ist die einzige Möglichkeit, die sich den Interessenten bietet, um die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu verbessern. Die Salzburger Verhandlungen sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die deutsche Regierung hat sich für eine Lösung der Frage des Bündnisses ausgesprochen, die die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in gleicher Weise berücksichtigt. Die deutsche Regierung hat sich für eine Lösung der Frage des Bündnisses ausgesprochen, die die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in gleicher Weise berücksichtigt.

Die deutsche Regierung hat sich für eine Lösung der Frage des Bündnisses ausgesprochen, die die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in gleicher Weise berücksichtigt. Die deutsche Regierung hat sich für eine Lösung der Frage des Bündnisses ausgesprochen, die die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in gleicher Weise berücksichtigt.